

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann.

Abonnementpreise: Jährlich 6 Thlr. ... Einzelne Nummern: 1 Ngr.

Verlagsanstalt: Leipzig: F. A. Brockhaus, Commissionär des Dresdner Journals.

Amtlicher Theil.

Dresden, 13. März. Seine Majestät der König haben zu genehmigen geruht, daß der Kammerherr, Ober-

von Frankreich und von Italien unterzeichnet und selbst von römischer Seite nicht verworfen worden.

gen. Es ist daher ein allsupponirtes Vorgehen, wenn ein bloßes Blatt behauptet, daß Oesterreich noch immer

gründete Note, welche die Mitteilung enthält, daß die Regierungen von Oesterreich und Preußen beschlossen haben,

Nichtamtlicher Theil.

Uebersicht.

Telegraphische Nachrichten. ... Schleswig-Holstein. (Beimischet.)

London, Freitag, 17. März, Nachts. In der heutigen Unterhandlung beantragte Pennesky:

Tagesgeschichte. \* Wien, 16. März. Der Generalsecretär für das Budget für 1865, H. J. Tafel, hat im Finanz-

Wien, 16. März. (Vok.) Der Finanzausschuß erledigte heute die Hälfte des Finanzgesetzes.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, Sonnabend, 18. März. Der Finanzausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung die Beratung des Generalanbahngesetzes

Kopenhagen, Freitag, 17. März, Nachmitt. Die heutige „Berlingske Tidende“ meldet:

Ein lobes Wort: I. das Finanzgesetz für das Jahr 1865 sammt dem Staats-

Prag, 16. März. (Vok.) Heute früh gegen 5 Uhr bemerkte der Wächter im kleinen Waghofe,

Feuilleton.

Kunst. Es ist unläuglich an dieser Stelle ausführlich über die Entwürfe zu Frescomalereien

Dresden, 18. März. Endlich wird auch in Berliner officiellen Blättern zugegeben,

Wien, 13. März 1865. Herr Graf! Mit Vergnügen auf die von dem

Wien, 16. März. Der Eintritt des Abgeordnetenhaus

Weldersprechungen und Aussicht auf ein Bündniß mit Ludwig XIV. den Kurfürsten dahin zu bringen,

Wien, 16. März. Der Eintritt des Abgeordnetenhaus

Die ungarische Literatur hat eine Uebersetzung von „Werther's Leiden“ erhalten.



Wir führen Ihnen.

der Steuerreform hin ist nicht. Ich glaube, die Regierung kann auch weiter die Steuern zu vermindern, wie früher. Den Fortschritt der Steuerreform gegenüber kann ich folgendes erklären. Meine Auffassung vom Budget ist die, dass es nicht die Aufgabe der Regierung ist, die Steuern zu erhöhen, sondern die Steuern zu vermindern. Die Regierung hat die Aufgabe, die Steuern zu vermindern, die die Bevölkerung belasten. Die Regierung hat die Aufgabe, die Steuern zu vermindern, die die Bevölkerung belasten. Die Regierung hat die Aufgabe, die Steuern zu vermindern, die die Bevölkerung belasten.

Der Herr Reichsminister hat die Steuern zu vermindern, wie früher. Den Fortschritt der Steuerreform gegenüber kann ich folgendes erklären. Meine Auffassung vom Budget ist die, dass es nicht die Aufgabe der Regierung ist, die Steuern zu erhöhen, sondern die Steuern zu vermindern. Die Regierung hat die Aufgabe, die Steuern zu vermindern, die die Bevölkerung belasten. Die Regierung hat die Aufgabe, die Steuern zu vermindern, die die Bevölkerung belasten. Die Regierung hat die Aufgabe, die Steuern zu vermindern, die die Bevölkerung belasten.

Der Herr Reichsminister hat die Steuern zu vermindern, wie früher. Den Fortschritt der Steuerreform gegenüber kann ich folgendes erklären. Meine Auffassung vom Budget ist die, dass es nicht die Aufgabe der Regierung ist, die Steuern zu erhöhen, sondern die Steuern zu vermindern. Die Regierung hat die Aufgabe, die Steuern zu vermindern, die die Bevölkerung belasten. Die Regierung hat die Aufgabe, die Steuern zu vermindern, die die Bevölkerung belasten. Die Regierung hat die Aufgabe, die Steuern zu vermindern, die die Bevölkerung belasten.

Herr Walder führt einen Fall an, wo ein Mann in einem Anstalten von 2100 Thlr. 500 Thlr. Steuer gezahlt hat. Herr Wagner (Rechts): Die Regierung braucht sich gar nicht darum zu kümmern, wie viel ein Mann Steuer zahlt. Die Regierung braucht sich gar nicht darum zu kümmern, wie viel ein Mann Steuer zahlt. Die Regierung braucht sich gar nicht darum zu kümmern, wie viel ein Mann Steuer zahlt.

Herr Walder führt einen Fall an, wo ein Mann in einem Anstalten von 2100 Thlr. 500 Thlr. Steuer gezahlt hat. Herr Wagner (Rechts): Die Regierung braucht sich gar nicht darum zu kümmern, wie viel ein Mann Steuer zahlt. Die Regierung braucht sich gar nicht darum zu kümmern, wie viel ein Mann Steuer zahlt. Die Regierung braucht sich gar nicht darum zu kümmern, wie viel ein Mann Steuer zahlt.

Herr Walder führt einen Fall an, wo ein Mann in einem Anstalten von 2100 Thlr. 500 Thlr. Steuer gezahlt hat. Herr Wagner (Rechts): Die Regierung braucht sich gar nicht darum zu kümmern, wie viel ein Mann Steuer zahlt. Die Regierung braucht sich gar nicht darum zu kümmern, wie viel ein Mann Steuer zahlt. Die Regierung braucht sich gar nicht darum zu kümmern, wie viel ein Mann Steuer zahlt.

ein Telegramm über einen Beschluss der Kölner Stadtverordnetenversammlung und weiter zugegangen, noch übergeben wird und aufgegeben worden ist; 2) dass eine Beschlagnahme von Telegrammen in unserm Bureau niemals stattfinden hat.

Die „R. Pr. Sig.“ theilt eine, angeblich mit 12,000 Unterschriften versehene Adresse aus Berlin mit, welche der Reichspräsident Hr. v. Bismarck dem Kaiser zu geben ersucht wurde. In derselben werden die Thaten der preussischen Armee in Schlesien verurtheilt, und es heißt darin weiter: „Wenn wir an den Stufen des Thrones unsere Hoffnungen für die Zukunft aussprechen dürfen, so gehen sie dahin, dass es dem Kaiser gelingen werde, diese Thaten für Preußen und damit auch für Deutschland Größe durch den engen Anschluss der Herzogthümer an Preußen, welchem begründete Erbrechte nicht entgegenstehen, zu verwirklichen. Ist doch überdies die endgiltige Entscheidung über das Schicksal der Herzogthümer durch die Eroberung, deren Rechte so alt sind, wie die Geschichte, vorzugsweise zu einer Frage der Politik geworden.“

Der Reichspräsident Hr. v. Bismarck hat dem Kaiser eine Adresse überreicht, in welcher er die Thaten der preussischen Armee in Schlesien verurtheilt, und es heißt darin weiter: „Wenn wir an den Stufen des Thrones unsere Hoffnungen für die Zukunft aussprechen dürfen, so gehen sie dahin, dass es dem Kaiser gelingen werde, diese Thaten für Preußen und damit auch für Deutschland Größe durch den engen Anschluss der Herzogthümer an Preußen, welchem begründete Erbrechte nicht entgegenstehen, zu verwirklichen. Ist doch überdies die endgiltige Entscheidung über das Schicksal der Herzogthümer durch die Eroberung, deren Rechte so alt sind, wie die Geschichte, vorzugsweise zu einer Frage der Politik geworden.“

warnung erhalten. — Im geschiedenen Kaiser circulierte heute eine Mittheilung, worin dem Kaiser ein Schreiben mit dem Inhalt, die Gemäldegalerie des Herzogs von Bayern auf Staatskosten anzukaufen, damit sie auf immer dem geschiedenen Kaiser verbleibe.

Paris, 17. März. Gestern, am Geburtsfest des kaiserlichen Prinzen, wurden zu Senatoren ernannt: Debenne, erster Präsident des kaiserl. Gerichtshofes zu Paris, die Generale Mellinet und Fleury, sowie der Präfekt des Departements der Oise, L. Fleury. — Der Geburtstag des kaiserlichen Prinzen wurde in den Tuilerien glänzend begangen. Den Hauptpunkt des Festes bildete eine Revue, welche der Prinz als Soldatenführer der Garde im Tuilerienhofe abhielt; nach derselben wurde eine Messe in der Tuilerienkapelle abgehalten, bei welcher die Soldatenführer beistanden. Der Prinz erschien auf der Revue zum ersten Male mit dem Großkreuz der Ehrenlegion und seinen übrigen Decorationen, da er durch den Eintritt ins zehnte Lebensjahr das Recht erhalten hat, seine Orden zu tragen. — Unter den Reden im Senate in der Abendversammlung während der letzten Tage sind diejenige des Cardinals de Bonald, des Herrn Bonjean und des Cardinals de Darbois aus Paris hervorzuheben. Letzterer bekämpfte die in der Sitzung vom 11. d. von Herrn Rouland aufgestellten Beschlüssen und gegen den Uebertritt der Angehörigen der Tuilerienkapelle. „Wenn die Gemälde ein wenig beschädigt sein werden, wenn die gegenwärtige Frage in Vergleich gebracht sein wird, dann mögen Unterhandlungen mit dem heiligen Stuhle eröffnet werden, um die gesetzlichen Bestimmungen, die unserer Zeit nicht mehr entsprechen, abzuklären.“ Gestern nahm dann nach beschiedener Erklärung des Staatsraths Thullier, der im Namen der Regierung das Wort ergriffen, der Senat den § 13 des Abendgesetzes, das Verhältniß der Kirche zum Staat betreffend, an und ging auf die Discussion des folgenden, auf die Septemberconvention bezüglichen Abschnittes über. (Vgl. unter „Tel. Nachrichten.“) — Der „Constitutionnel“ demontirt die Angabe verschiedener Blätter, daß der französische Vorkämpfer in Rom, Herr v. Sartiges, beauftragt wäre, eine Mittheilung an den Papst gelangen zu lassen. (Vgl. unter Rom.)

Berlin, 15. März. (R. Z.) Da heute über acht Tage der Termin für die Erklärungen, betreffend den Beitritt zu dem in dem vergangenen Jahre zwischen internationalen Sanitätsconcordate, abgelaufen sein wird und noch eine Anzahl Staaten mit diesen Erklärungen im Rückstande ist, so beschloß der Bundesrath in seiner heutigen Sitzung, jenen Termin noch um ein Vierteljahr — also bis zum 22. Juni — hinauszuschieben.

Turin, 15. März. (R. Z.) Im Abgeordnetenhaus wurde ein Artikel angenommen, welcher an Stelle der Todesstrafe die lebenslängliche Einzelhaft setzt, sowie ein anderer, kraft dessen das Strafgesetzbuch vom Jahre 1859 auch für Toscana gültig sein soll.

Turin, 16. März. (Tel.) In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer erklärte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Lamarmora, auf eine den Conflict zwischen Oestreich und Montenegro betreffende Interpellation, daß die Regierung bereit sei, wieweil die italienische Colonie zu schützen, und Alles thun werde, um den durch den Krieg hervorgerufenen Nothstand zu erleichtern, ohne jedoch in den Conflict selbst zu interveniren.

Rom, 11. März. (R. Bl.) Am vergangenen Sonnabend legte der französische Gesandte, Hr. v. Sartiges, dem Cardinal Antonelli eine Note vor, worin er erklärte, daß die französischen Truppen nach Oestern anfangen würden, den Kirchenstaat zu verlassen, so daß zuletzte der Convention vom 15. September innerhalb 2 Jahren die päpstlichen Provinzen zum französischen Militär gerufen seien, und angefragt wurde, welche Maßregeln die päpstliche Regierung in dieser Lage zu ergreifen gedachte. An demselben Tage soll der Gesandte auch beim Vater eine über eine Stunde währende Audienz gehabt haben (vgl. unter Paris). Am Sonnabend Nachmittag wurde nun vom Cardinal Antonelli zur Beratung der Note eine Congregation von mehreren Cardinälen zusammenberufen. Es wurde der Beschluß gefaßt, diese Note wie die Convention zu ignoriren. Die ich hier, ist man nämlich hier sehr überzeugt, daß die französische Besetzung erst dann von Rom abzurufen werde, wenn es gelungen sei, die Oestreicher aus Venedig herauszutreiben. Darauf scheint auch Antonelli angespielt zu haben, als er dem französischen Gesandten am Montag eröffnete, die päpstliche Regierung werde erst dann sich bestimmen, wenn alle französischen Truppen das päpstliche Territorium verlassen haben würden.

Madrid, 16. März. (R. Bl.) 22 Journale haben eine Protestation gegen das neue Preßgesetz unterzeichnet und veröffentlicht. — Ein Manifest des demokratischen Comites verlangt die politische, individuelle, commerciale, industrielle und religiöse Freiheit auf den Grundlagen des allgemeinen Stimmrechts und der Gleichheit vor dem Gesetz; es begehrt ferner die Decentralisation, die Bewaffnung der Nationalgarde und meist die socialistischen Ideen zurück.

Madrid, 17. März. (Tel.) Auf dem Finanzministerium wurde eine Versammlung von 140 der Mitglieder der Deputirtenkammer angehöriger Cortesmitglieder gehalten. Sämmtliche Minister wohnten derselben bei. Es ward eine Modification des Kammerreglements beschloffen, welcher zufolge nur einmal in der Woche Interpellationen gestattet sein sollen. — Laut einer Depesche der „Correspondencia“ soll in Lima eine Revolution ausgebrochen und der Präsident Vespasien wegen des mit Spanien abgeschlossenen Friedensvertrages verhaftet worden sein.

London, 16. März. (Tel.) In der heutigen Nachmitags-Sitzung des Oberhauses erwiderte Lord Russell auf eine Interpellation Lord Strafford's de Redcliffe: Die Reichsperliche Grenzregulirungskommission werde hauptsächlich noch Ende dieses Monats ihre Beratungen schließen. England und Rußland hätten harmonisch mitgewirkt. — Im Unterhause erklärte Lord Palmerston auf die beschlossene Interpellation Griffith's, die Ironarbeiten bei dem Bau des Suezkanals gegenwärtig ausgeführt zu sein.

Kopenhagen, 16. März. „Dagbladet“ schreibt: Der Stellungsminister Rindöpe hat die Regierung ersucht, im Reichstage die Vorfrage zu stellen, ob eine Concession zur Anlage von Eisenbahnen durch Schweden über Falster, Saaland und über Femern durch Dänemark nach Hamburg zu erhalten wäre, da sich alldahin eine Gesellschaft constituiren würde.

Marschau, 14. März. (Schl. Z.) Zum Andenken an die glückliche Rettung des Grafen Berg bei dem am 19. September 1853 gegen ihn verübten Attentate haben bekanntlich die in Polen stehenden Truppen im Verein mit den hier im Civilstande angestellten Russen mit Genehmigung des Kaisers durch den Petersburger

Walden  
weldet  
im K  
Gema  
dem a  
Frage  
veran  
sind  
Walden  
weldet  
im K  
Gema  
dem a  
Frage  
veran  
sind  
Walden  
weldet  
im K  
Gema  
dem a  
Frage  
veran  
sind



